

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Verleger: Max Hildebrandt, Dresden.
Verlagsnummer: 25 241
Für die Nachlieferung: 20 011.

Lebeck's Dreieck-Kakao, Schokolade, Konfitüren, Zuckerwaren.
Firma gegr. 1838. • 16 mal prämiert.

Schriftleitung und Anzeigenverwaltung:
Marienstraße 36/40.
Verlag von Leopold A. Reichardt in Dresden.
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. 14. 24 bei H. L. Arnold, Julell. Frei Haus 1,20 Goldmark. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die Spalten 30-41 ausm. 34. Familienanzeigen u. Einzelgebühren ohne Rabatt 10.4, außerh. 20.4, die 50 um breite Zeilen je 100.4, außerh. 200.4. Offertengebühr 10.4. Zusam. Beiträge geg. Voranbezahl. Nachdruck nur mit drucklicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) möglich. — Inverlegte Schriftstücke werden nicht anbewahrt.

Leinenhaus F. A. Horn Dresden-A.
Ferdinandstraße 3
Daunendecken von M. 90.— an
Steppdecken, doppelseit. Satin, m. Wollfüllung, von M. 35.— an
Eigene Anfertigung Große Auswahl

Wohnungseinrichtungen
Begründet 1876 **Hermann Gohlfeld** Johannesstraße 19
Polstermöbel (alt und neu) in eigener Werkstatt gearbeitet

Tennis-Schläger
-Bälle, -Netze, -Posten, -Pressen etc.
Krocket - Hockey - Fußball - Sommerspiele
B. A. Müller, Prager Straße 32

Die Goldnotenbank als Finanzkontrolle.

Reparationskommission und Sachverständige sind bereits über die Hauptprobleme einig. Die nordischen Staaten für Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. — Eine scharfe schweizerische Stimme gegen die Reijeverordnung.

Was „Deuvre“ zu erzählen weiß.

Wigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Paris, 5. April. „Deuvre“ veröffentlicht heute früh eine angelegte Inhaltsangabe des Sachverständigenberichts. Einige Einzelheiten sind schon an verschiedenen Stellen in der Presse bekanntgegeben worden. Dem Bericht des „Deuvre“ zufolge sollen die Sachverständigen zu der Feststellung gekommen sein, daß Deutschland nicht nur in den nächsten Jahren, sondern überhaupt in der Zeit, in der es Zahlungen zu leisten hat, diese aufbringen müsse. Deutschland hätte zu zahlen:

Im ersten Jahre, d. h. 1924/25, 1 Milliarde Goldmark, im zweiten Jahre 1200 Millionen, im dritten Jahre 1500 Millionen, im vierten Jahre 2 Milliarden und im fünften Jahre 2 1/2 Milliarden. Diese Periode von fünf Jahren nennen die Sachverständigen aus unbekanntem Gründen Moratorium. Vom sechsten Jahre an könne die Zahl der Zahlungen auf 2 1/2 Milliarden auf Grund eines „Balkenindex“ erhöht werden.

Der Betrag dieser Jahresleistungen soll erhoben werden:

1. aus den Eisenbahnen;
2. aus der Gesamtheit der deutschen Industrie;
3. aus der Schiffahrt;
4. aus gewissen Monopolen.

Der entsprechende Betrag dieser Einnahmen werde direkt zu Händen von Vertretern internationaler Verwaltungsborgane bezogen.

„Deuvre“ glaubt, daß die Vortreibung der Schuld und die Währungsfrage durch die Kontrolle der Goldnotenbank seitens der Reparationskommission gewährleistet werde. Trotzdem behauptet „Deuvre“, daß die belgischen Sachverständigen eine weitere Garantie wünschen, nämlich, daß im Falle freierwilliger oder unfreiwilliger Nichterfüllung Deutschlands die Alliierten ermächtigt werden, auch die deutschen Zölle direkt zu erheben. „Deuvre“ meint, die Reparationskommission sei bereits jetzt mit den Sachverständigen über diese Probleme einig, und ein Konflikt zwischen den beiden Organen sei ausgeschlossen. Die Regierungen ihrerseits hätten die Höhe der deutschen Jahresraten festzusetzen, ebenso wie die Verteilung dieser Jahresraten und die Regelung der internationalen Schulden. Auch in diesem Punkte behalte sich die Reparationskommission das Recht vor, Zusätze zu machen.

Ein zweiter Punkt sei der, daß England 58 Annuitäten wolle, wovon die 182 Milliarden des Londoner Zahlungsplanes restlos getilgt würden, wogegen französische Sachverständige auf eine Festlegung der Verschuldung verzichten würden. Dies werde z. B. für die Eisenbahnen, wo der Anteil der Alliierten etwa 10 Milliarden betrage, und für das Einkommen der deutschen Industrie, wo der Anteil der Alliierten auf etwa 5 Milliarden veranschlagt werde, durchgeführt

werden. Dieser Teil der deutschen Verschuldung könnte leicht finanziert werden. Ein weiterer Teil müsse zur Vorabzahlung der französischen Schadensersatzes und auf diese Weise zu einer endgültigen Stabilisierung des französischen Frankens führen.

Jedenfalls sei die Anzahl der deutschen Jahresraten der springende Punkt, da nur so Deutschland zum Zahlen angeregt werden könne. „Deuvre“ vergleicht dann dieses System mit dem Vertrag der Ruhrbesetzung, um zu der Folgerung zu kommen, daß das aufgestellte System unweigerlich vorzuziehen sei.

Die Bedingungen der Goldnotenbank.

Paris, 5. April. „Matin“ teilt mit, daß der Vorschlag für die Goldnotenbank im Dawes-Bericht endgültig dahin formuliert worden sei, daß der Sitz der Bank Berlin sein soll. Das deutsche Emissionslimit werde ein Kapital von 400 Millionen Goldmark in Aktien von 100 Mark haben. Alle diese Aktien würden der gleichen Behandlung unterliegen. 100 Millionen der Aktien würden der Reichsbank übergeben, 300 Millionen, in Gold oder Devisen zahlbar, würden dem internationalen Markt zur Zeichnung angeboten.

Der Londoner „Daily Telegraph“ teilt mit, daß nach den Erwartungen des Dawes-Komitees, Deutschland zunächst folgende Anteile auf dem Weltfinanzmarkt aufnehmen könne: 1 Milliarde Goldmark für die Goldnotenbank und Markstabilisierung, 5 Milliarden Goldmark auf Grund der Eisenbahnerträge, die zunächst der Finanzierung der Sachleistungen während des vierjährigen Moratoriums dienen sollen.

Nachzahlung der im Ruhrkampf ausgefallenen deutschen Zahlungen?

Wigner Drahtbericht der „Dresdner Nachrichten“.
Paris, 5. April. Die „Vollere Nachrichten“ melden aus Paris: Der Minister Marial antwortete im Kammerauschluß auf eine Anfrage Monroes, daß die deutschen Zahlungen, die seit Beginn des Ruhrkampfes eingestellt seien, nachgefordert werden müssen und daß diese Nachzahlungen unabhängig von der neuen Reparationsvereinbarung zu erfolgen hätten.

Erneuter Frankensturz.

Rotterdam, 5. April. Der „Courant“ meldet aus Rotterdam: an der New Yorker Börse hat sich gestern der Frankensturz weiter fortgesetzt, am 15. April auf 5.73 und nachher bis zum Tiefstand von 5.65. Der Franken hat bis etwa 40 Prozent seiner Steigerung der beiden letzten Wochen wieder verloren.

Neue Unstimmigkeiten in der Preisbildung und Lohnbewegung.

In der unstillen Zeit der Inflation rasten die Preise in die Höhe, in der schlimmsten Zeit fanden sogar täglich zweimalige Heraussetzungen statt, und folgerweise verzehrten Arbeiter und Angestellte ein gutes Teil ihrer Kraft in dem frampfhaften Bestreben, auf tarifarischem Wege einigermaßen in der Festlegung der Löhne und Gehälter die fortschreitende Geldentwertung einzuholen. Aus diesem zerrüttenden Zustand sind wir ja nun dank der Rentenmark, deren Muster ein modernes Weltwunder bildet, glücklich herausgekommen, aber das erhoffte Beharrungsverhältnis des Preisniveaus ist bis jetzt noch nicht eingetreten. Es besteht nun die Gefahr der kleinen Preiszuflüsse, bei denen es sich „nur“ um Pfennige oder „höchstens“ um Groschen handelt, die aber im Dauerfall unvermeidlich eine schwer schädigende Wirkung auf das wirtschaftliche Leben ausüben müssen. Schon seit Wochen kann der aufmerksame Beobachter der Schaufenster die Ersparung machen, daß insbesondere Textilwaren konstante Reizung zeigen, Großausprägungen zu machen. Bei gewissen Lebensmitteln macht sich diese Erscheinung ebenfalls bemerkbar, aber noch etwas zurückhaltender, mehr pfennigweise. Diese Entwicklung kommt auch in den Indexziffern zum Ausdruck. Der Großhandelsindex ist für März gegenüber dem Februar um 8,9 v. H. gestiegen, die Preisindexziffer für die Lebensmittelkosten um 2,9 v. H. Diese Zahlen reden eine Sprache, die allseitig gehört und gewürdigt werden muß. Teratliche Ausschläge dürfen nicht zur Regel werden, weil sonst eine neue Teuerungswelle mit ihren verheerenden Wirkungen — gewalttätige Anziehung der Lohnschraube und Inflation — unsere Währung aufs neue zu erschüttern droht. Was dabei auf dem Spiele steht, erhellt aus der Tatsache, daß eine allgem. eine Erhöhung des jetzigen Lohnstandes um nur einen Pfennig die Stunde die deutsche Wirtschaft insgesamt mit 500 Millionen Goldmark belasten würde.

Befürchtungen nach dieser Richtung sind durchaus nicht unbegründet. Von den verschiedensten Seiten laufen Meldungen ein, die eine neue bedeutliche Wärmung unter der Arbeiterchaft in der Lohnfrage erkennen lassen. Insbesondere treten die Bergleute und die Eisenbahner dabei in den Vordergrund; auch auf den Werften ist die Lage kritisch. Allerdings ist nicht zu verkennen, daß bei der ganzen Bewegung die politische Hebe von kommunistischer Seite eine beträchtliche Rolle spielt. Die Kommunisten wollen keine Ruhe, sondern schüren die Unzufriedenheit, um in ihrer qualmigen Sturmpolitik Geschäfte zu machen. Dabei erkalten sie einen bedrückenden Zwang. So meldet z. B. die „Köln. Ztg.“ aus Ludwigshafen zum Streik in der Badischen Automobilfabrik, daß der Terror der Streikleitung mit bisher nicht gekannten Maßnahmen sich geltend gemacht habe. Die Briefkästen wurden überwacht, Postfächer kontrolliert, Wohnhöfe von Streikposten besetzt und die Arbeiter an der Abfahrt gehindert, damit sie nicht an einem unkontrollierten Orte ihre Abstimmungskarte abgeben könnten. Tatsächlich gelang es den Kommunisten auf diese Weise, eine Abstimmung zur Fortführung des Streiks zu erzielen. Doch wenn man auch diesen Faktor voll in Rechnung stellt, bleiben die kleinen Preiszuflüsse und vor allem die neue erhebliche Wertenerung der Renten als sachlich wirkende Triebkräfte auf dem Gebiete der Lohnbewegung bestehen. Eine Abgeltung der gestiegenen Preise und Löhnen in den Löhnen läßt sich daher nicht umgehen, aber dies darf keinesfalls auf dem von manchen Gewerkschaften erstrebten rein schematischen Wege von gleichmäßigen Zuschlägen, sei es durch Gesetz, Verordnung oder freier Vereinbarung, geschehen. Das würde die Rückkehr zu einem verhängnisvollen Verfahren bedeuten, von dem die deutsche Wirtschaft eben sich freigemacht im Begriff steht. Die gleichmäßige tarifliche Entlohnung, die keine Wertung der Qualitätsarbeit kennt, ist ein Uebel, dessen schädlicher Charakter sich so klar gezeigt hat, daß man meinen sollte, es müßte von beiden Seiten alle Kraft in Bewegung gesetzt werden, um es nie wieder dazu kommen zu lassen. Der endgültige Durchbruch mit der schematischen Lohnfestlegung ist geradezu eine Lebensbedingung unseres Wiederaufbaues, weil wir nur durch die Güte unserer Produkte unsere Wettbewerbsfähigkeit auf dem Auslandsmarkte aufrechterhalten können. Jetzt laufen uns unsere besten Kräfte einfach davon, wie die Auswanderungstatsistik ergibt, und nehmen in der Fremde gut bezahlte, ihren Fähigkeiten entsprechende Posten ein. Die ausländische Konkurrenz bedient sich dann nicht nur der deutschen Arbeits-

Neue Zuspitzung der Eisenbahnerkrise.

Ablehnung der Lohnerhöhung durch das Reichskabinett.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.
Berlin, 5. April. Das Reichskabinett beriet heute vormittag über die Lohnregelung bei den Eisenbahnern. Das Kabinett kam aus allgemeiner politischen und währungs-politischen Gründen zu dem Beschluß, den ihm unterbreiteten Vorschlägen nicht zuzustimmen zu können.

Anwaltschaft hat der Kampf um die Erhöhung der Eisenbahnerlöhne seit heute wieder eine Verschärfung erfahren. Selbst wenn die Zustimmung der Regierung leicht erfolgte, wäre es nach Mitteilung von unterrichteter Seite noch fraglich, ob damit alle Schwierigkeiten behoben werden könnten. Die Gewerkschaften befänden sich nämlich in der Lage, daß die Eisenbahner im Falle der durch ihre Vertretungen vorläufig vereinbarten Lohnhöhe nicht zufrieden sind und in einer zum Teil recht schroffen Form verlangen haben, daß die Arbeit überall niedriger werde. Bis zur Stunde hätten sich die Gewerkschaften diesem Verlangen, das eine schwere Verschärfung der deutschen Wirtschaft bedeuten würde, energisch widersetzt, doch sei es fraglich, ob man der Bewegung Herr werden könne.

Die Eisenbahnerverbände haben am Sonntag außerordentliche Tagungen in Berlin abgehalten, in denen wichtige Beschlüsse gefaßt werden dürften. Es ist auch eine Verabschiedung des Ausstandes festzustellen. Die Eisenbahndirektionen haben deshalb, besonders in Westfalen, technische Komitees angeordnet, um den Güterverkehr, soweit es überhaupt möglich aufrechterhalten zu können.

Das Angebot des Reichsverkehrsministers, das nicht die Billigung des Reichskabinetts fand, wurde von der Arbeiterchaft mit der Begründung abgelehnt, daß die Aufbesserung nicht genüge, um einen Ausstand für die Erhöhung der Goldmiete im April anzuheben und weil der Groß- und Kleinhandel in den letzten Wochen eine solche unbedeutende Veranlassung der Verkaufspreise vorgenommen hätte.

Kommunistischer Streikterror.

Berlin, 5. April. In der deutschen Binnenschiffahrt ist es, infolge kommunistischer Generalkonferenz, zu Teilkreuzen gekommen. Auf den märkischen Wasserstraßen liegt eine Anzahl Binnenschiffe still, weil die Schiffer die Arbeit eingestellt haben.

In Berlin sind einige Abteilungen Telegrafistenarbeiter in den Streik getreten. Die häßlichen Arbeiter veranlassen Montag Urabstimmung über die Streikentwürfe der Betriebsräte. Überall zeigt sich harter kommunistischer Terror.

Massenkündigung im Berliner Buchdruckergewerbe.

Drahtmeldung unter Berliner Schriftleitung.
Berlin, 5. April. Da im Berliner Buchdruckergewerbe infolge der Ablehnung des Schiedsspruches durch die Arbeitnehmer zurzeit ein tarifloser Zustand herrscht, haben etwa 40 Firmen, deren Belegschaften die im Schiedsspruch vorgesehenen Lohnregelungen nicht anerkannt und auf einen Wochenlohn von 35 Mark bedanden haben, nunmehr ihrem gesamten technischen Personal gekündigt.

Rücktritt des württembergischen Kabinetts.

Stuttgart, 5. April. In der heutigen Landtagssitzung wurde ein Zentrumsantrag, nach dem der Vollzug der Verordnungen über die Aufstellung von neuen Oberämtern und des Landratsamtes Goll bis zum 15. Juni verschoben werden soll, mit den Stimmen der Rechten, des Zentrums und der Deutschen Volkspartei angenommen. Darauf erklärten Staatspräsident Gieser, der Finanzminister, der Minister des Innern und der Justizminister ihren Rücktritt.